

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	19
A. Einführung	19
B. Schwerpunkte und Gang der Untersuchung	20
<i>Kapitel 1</i>	
Von der „Gebühr“ zum Beitrag	23
A. Rundfunkgebührenstaatsvertrag	23
I. Gebührenpflicht	23
II. Gebührenerhebung	25
1. Kein besonderes Betretungsrecht für die Gebührenerhebung	25
2. Auskunftsanspruch der Rundfunkanstalten	26
3. Hinweis auf die Gebührenpflicht durch massenhaften Briefversand	29
B. Reformbedarf	30
I. Medienkonvergenz	30
II. Erhebungsdefizit	31
1. Übertriebene Darstellung des Erhebungsdefizits	31
2. Mitverantwortung der Rundfunkanstalten	34
C. Rundfunkbeitragsstaatsvertrag	35
<i>Kapitel 2</i>	
Abgabenformen und ihre Eignung für die Rundfunkfinanzierung	37
A. Abgabensystem	37
B. Eignung der Abgaben für die Rundfunkfinanzierung	40
I. Verfassungsgerichtliche Vorgaben	40
II. Gebühr	41
III. Steuer	42
IV. Finanzierungsabgabe	47
V. Beitrag	48

Kapitel 3

Rechtsnatur des Rundfunkbeitrags

50

A. Unwiderlegbare Vorteilsvermutung im RBStV	51
I. Gesetzgeberische Motive für die Unwiderlegbarkeit der Vermutung ...	51
II. Vorstellung von Kirchhofs Konzept	52
III. Kritik an der unwiderlegbaren Vorteilsvermutung	54
1. Spezielle Einwände gegen Kirchhofs Gutachten	54
2. Generelle Bedenken gegen die unwiderlegbare Vorteilsvermutung ..	57
3. Stellungnahme zur Kritik an der unwiderlegbaren Vorteilsvermutung	59
IV. Rechtsprechungsanalyse zur Notwendigkeit eines tatsächlichen Vorteils	61
1. Fiktion des Bereithaltens eines Empfangsgeräts durch den Zulassungsinhaber in § 1 III RGebStV	61
a) Scheinbare Entbehrlichkeit des Vorteils des Zulassungsinhabers ..	62
b) Tatsächliche Existenz eines Vorteils	62
aa) Nutzen des Zulassungsinhabers	63
bb) Zulassungsinhaber als Bindeglied der Vorteilsabschöpfung ...	64
c) Zwischenergebnis	66
2. Benutzungsfiktion bei den Straßenreinigungsgebühren	67
3. Widerlegbare Vorteilsvermutung bei den Fremdenverkehrsbeiträgen	68
4. Scheinbare Vorteilsfiktion bei den Kammerbeiträgen	69
5. Zwischenergebnis und Stellungnahme	69
V. Prüfung der Typisierungsvoraussetzungen hinsichtlich des RBStV ...	71
1. Anforderungen der Rechtsprechung an eine Typisierung	71
2. Eignung des alternativen Reformkonzepts einer widerlegbaren Vermutung	72
a) Praktikabilität einer widerlegbaren Vermutung	72
aa) Reduktion des Verwaltungsaufwands	72
bb) Anforderungen an die Vermutungswiderlegung	73
cc) Folgen fehlender Mitwirkung	77
b) Wahrung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung	79
3. Zwischenergebnis	80
B. Existenz eines Sondervorteils für Beitragsschuldner ohne Empfangsgerät ..	80
I. Herleitung aus der bisherigen Beitragsdogmatik	81
1. Vorteilsbegriff des RGebStV	81
a) BVerfG-Entscheidung zum Kabelgroschen	81
b) BVerwG-Entscheidung zum Aufsichtsgroschen	82
c) Folgerungen für den Rundfunkbeitrag	83
2. Vorteilsbegriff der Fremdenverkehrsbeiträge	84
3. Vorteilsbegriff der Kammerbeiträge	85
a) Ärztekammerbeiträge von Amtsärzten	86
b) Arbeitnehmerkammerbeiträge trotz Gewerkschaften	88

4. Parallelen zwischen Kohlepfennig und Rundfunkbeitrag	89
a) BVerfG-Entscheidung zum Kohlepfennig	90
b) Relevanz für den Rundfunkbeitrag	91
5. BVerfG-Entscheidung zu wiederkehrenden Straßenbaubeiträgen – Menetekel für den RBStV?	93
6. Vorteilsverteilung im RBStV	96
a) Mittelbare Vorteile von Beitragsschuldnern ohne Empfangsgerät	97
b) Abgrenzung zu Kirchhofs Konzept	100
7. Zwischenergebnis	101
II. Möglichkeit einer verfassungskonformen Auslegung des RBStV	102
III. Verfassungsinterpretation und Verfassungswandel	105
C. Ergebnis zur Rechtsnatur des Rundfunkbeitrags	109

Kapitel 4

Verfassungsmäßigkeit der Beitragsbemessung

111

A. Betrieblicher Bereich	111
I. Anknüpfungspunkt der Beitragsbemessung	112
1. Betriebsstätte statt Unternehmen	112
a) Eingeschränkte Überzeugungskraft der Regierungsbegründung ..	113
b) Vorteile der Anknüpfung an Betriebsstätten	114
2. Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter pro Betriebsstätte	115
a) Beschäftigtenzahl statt Leistungsfähigkeit	115
b) Keine Unterscheidung nach Branchen	117
c) Keine Differenzierung zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftig- ten	118
II. Beitragsstaffelung	120
1. Gruppenbildung und gesetzgeberische Motive	120
2. Degression und Obergrenze in § 5 I RBStV	122
a) Kritik an der Beitragsbemessung in § 5 I RBStV	123
b) Auseinandersetzung mit den vorgebrachten Einwänden	125
aa) Vergleich von IHK- und Rundfunkbeitragslast	125
bb) Rechtfertigung von Degression und Obergrenze in § 5 I RBStV	128
(1) Vermeidung einer übermäßigen Beitragslast	128
(2) Degressive Vorteilsentwicklung	130
(3) Zwischenergebnis	132
3. Besondere Beitragslast von Filialunternehmen	132
a) Vergleich der alten und der neuen Rechtslage	133
b) Vergleich mit der Belastungsverteilung anderer Beiträge	135
aa) Beitragslast von Filialunternehmen im Handwerkskammer- beitragsrecht	136

bb) Mehrfachbelastungen im IHK-Beitragsrecht	138
(1) Zugehörigkeit zu mehreren IHKs	138
(2) Zugehörigkeit zur IHK und zu einer Berufskammer	140
(3) „Mehrfache“ Mitgliedschaft in einer IHK	141
(4) Übertragbarkeit der Wertungen aus dem IHK-Beitragsrecht auf den RBStV	143
cc) Erschließungs- und Ausbaubeitragsrecht	144
c) Zusammenfassende Würdigung der Belastung von Filialunternehmen im RBStV	145
4. Systemgerechtigkeit der Beitragsbemessung in § 5 II 1 RBStV	149
a) Reformbedingte Änderungen und gesetzgeberische Motive	150
b) Systemgerechtigkeit im Abgabenrecht	152
aa) Bedeutung und bereichsspezifische Anforderungen der Systemgerechtigkeit	152
bb) Unterschiedliche Bemessungssysteme im RGebStV	154
c) Bewertung der Systemgerechtigkeit in § 5 I, II RBStV	156
aa) Vergleich der Gefahr unverhältnismäßiger Beitragslasten in § 5 I und II RBStV	156
bb) Vergleich der Vorteilsentwicklung in § 5 I und II RBStV	158
cc) Zwischenergebnis	160
5. Empfehlung einer Härtefallklausel für den betrieblichen Bereich	160
III. Ergebnis zur Beitragsbemessung im betrieblichen Bereich	162
B. Privater Bereich	162
I. Einheitsbeitrag pro Wohnung	163
II. Zweitwohnungsbeitrag	164
1. Verfassungsmäßigkeit eines Rundfunkbeitrags für Zweitwohnungen	164
a) Prinzipielle Zulässigkeit eines Zweitwohnungsbeitrags	165
b) Besondere Bedeutung des Art. 6 I GG	166
2. Verfassungsrechtliche Zweifel an der Höhe des Zweitwohnungsbeitrags	169
a) Keine Umgehungsgefahr bei niedrigerem Zweitwohnungsbeitrag	169
b) Vergleich mit anderen Beiträgen	171
c) Zwischenergebnis	173
III. Erweiterung der Beitragspflicht auf bestimmte schwerbehinderte Menschen	174
1. Änderung der Rechtslage und gesetzgeberische Motive	175
2. Rechtsprechung des BSG zu den Rundfunkgebührenbefreiungen	177
a) Kritik an der Befreiung schwerbehinderter Rundfunkteilnehmer	177
b) Spätere Relativierung der Kritik	179
3. Prüfung der befreiungskritischen BSG-Rechtsprechung und der Regierungsbegründung	181
a) Unzutreffende Auslegung der Befreiungstatbestände durch das BSG	181

b) Sozialpolitisches Gestaltungsermessen des Gesetzgebers bei Entgeltabgaben	184
aa) Befreiungsmöglichkeiten aufgrund sozialstaatlicher Erwägungen	184
(1) Restriktive Literaturansicht gegenüber Befreiungen – Basis der Kritik des BSG	185
(a) Vorstellung der restriktiven Literaturansicht	186
(b) Konkrete Anwendung auf die Rundfunkfinanzierung	187
(2) Relevanz der BVerfG-Entscheidung zu Kindergartengebühren für den RBStV	189
(3) Argumente für die Zulässigkeit von Sozialklauseln im Rundfunkbeitragsrecht	192
(a) Rechtliche Besonderheiten des Rundfunkbeitrags	192
(b) Reduktion von Befreiungen gemessen am Gesamtkonzept der Reform	194
(4) Argumente für die generelle Zulässigkeit von Sozialklauseln bei Entgeltabgaben	195
(a) Verfassungsrechtliche Unbedenklichkeit von Sozialklauseln	196
(b) Praktische Vorteile von Sozialklauseln	200
(c) Besondere Fürsorgebefugnis des Gesetzgebers gegenüber behinderten Menschen	200
(5) Vorschlag für einen Ausgleich der widerstreitenden Interessen	202
(6) Zwischenergebnis	204
bb) Befreiungsmöglichkeit aufgrund der niedrigen Bewertung reduzierter Vorteile	205
4. Bewertung der aktuellen Rechtslage	207
a) Verfassungsmäßigkeit des ermäßigten Beitrags in § 4 II 1 RBStV	207
b) Ausbau des barrierefreien Angebots	210
5. De lege ferenda	213
C. Einhaltung des Grundsatzes der Aufkommensneutralität	214
D. Ergebnis zur Beitragsbemessung und Erfolgsaussichten einer Verfassungsbeschwerde	217
I. Zusammenfassung der Ergebnisse	218
II. Keine zwangsläufige Entlastung selbst im Fall einer verfassungswidrigen Bemessung	219

Kapitel 5

Vereinbarkeit mit dem europäischen Beihilferecht	221
A. Beihilfetatbestand	221
I. Staatlichkeit der Rundfunkbeiträge	222
1. Unmittelbar programmbezogene Verwendung der Rundfunkbeiträge	222
a) Abstrakte Vorgaben der Rechtsprechung	222
b) Konkrete Anwendung auf den Rundfunkbeitrag	224
2. Judikatur zur nicht-programmbezogenen Verwendung der Rundfunkbeiträge	229
a) Beihilfecharakter der DVB-T-Förderung durch die Landesmedienanstalten	229
aa) Abstrakter Vergleich der Staatsferne von Rundfunk- und Medienanstalten	230
bb) Eingeschränkte Staatsferne der Medienanstalten bei der DVB-T-Förderung	232
b) Beihilferechtliche Folgerungen aus dem Vergaberecht	234
aa) Rundfunkanstalten als Auftraggeber im Vergaberecht	234
(1) Vergaberichtlinie und ihre Umsetzung ins deutsche Recht	234
(2) Ausschreibungspflicht hinsichtlich der Gebäudereinigung der GEZ	235
bb) Übertragbarkeit vergaberechtlicher Wertungen auf das Beihilferecht	237
3. Zwischenergebnis	240
II. Begünstigung	241
1. Betrauung	242
2. Transparenz und Vermeidung einer Überkompensation	243
a) Grundsätzliche Gewährleistung durch den RFinStV	243
b) Unzureichende Umsetzung im 19. KEF-Bericht	244
3. Kostenanalyse	246
4. Zwischenergebnis	248
B. Rechtfertigung durch Art. 107 III d) AEUV	248
C. Ergebnis	251
Fazit und Ausblick	252
Zusammenfassung in Thesen	255
Literaturverzeichnis	261
Dokumentenverzeichnis	274
Sachwortverzeichnis	275